

werden die 6 gepaltene Kolonietelle oder deren Raum mit 30 Pfg. berechnet und in anderen Anzeigenteilern und allen Anzeigen-Verhältnissen angenommen. Reklamen die Seite 1 Mt. Schluß der Anzeigen-Aufnahme

Sozial-Zeitung

Einundfünfzigster Jahrgang.

für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1.20 Mark, vierteljährlich 3.60 Mark, durch die Post 3.00 Mark

Nr. 317.

Halle, Dienstag, den 10. Juli

1917.

Die Kanzlerkrisis.

Ueber eine Million Tonnen Schiffsraum im Juni versenkt.

Der Anstrich gegen den Kanzler.

WTB. Berlin, 9. Juli. Der Hauptauschuß des Reichstages legte heute in Anwesenheit des Reichskanzlers, der Staatssekretäre sowie zahlreicher Mitglieder des Bundesrats und des Reichsrates die Besprechung von Fragen der inneren und äußeren Politik fort.

B. Berlin, 9. Juli. Die Beratungen im Hauptauschuß des Reichstages haben bisher zu einer deutlich erkennbaren Politik für die nächste Zukunft noch nicht geführt.

Bestrebt trifft nicht zu. Unbedingte Parteigänger des Kanzlers sind die Fortschrittlichen keinesfalls. Sie gehen mit ihm gerade so weit, als es Staatsinteresse und ihre Überzeugung im Einzelnen verlangt.

B. Berlin, 9. Juli. Was aus Abgeordnetenkreisen verläuft, läßt sich, was der Reichskanzler heute sagte, dahin zusammenfassen, daß mit aller Energie den Kampf fortzuführen müßte.

Von anderer Seite wird berichtet: Wie man aus parlamentarischen Kreisen hört, scheint es tatsächlich zu einer Kanzlerkrisis zu kommen.

Berücksichtigt wurde auch die Frage berührt, ob es nicht im Interesse als Schwäche aufgeführt werden könnte, wenn jetzt Reichskanzler und Regierung erklärten, daß sie zu einem Verhältniß friedlich bereit seien und auf jegliche Erörterung verzichten wollten.

WTB. Berlin, 9. Juli. (Amtlich.) Durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte ist nach den eingegangenen Meldungen im Monat Juni an Handelschiffsraum über eine Million Brutto-Registertonnen versenkt worden.

Diese Erfolge des U-Boot-Krieges rechtfertigen volles Vertrauen in die unausbleibliche und entscheidende Wirkung auf unsere Gegner.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Oesterreichisch-ungarischer Heeresbericht.

WTB. Wien, 9. Juli. Amtlich wird verlautbart: Oestlicher Kriegsausflug. In den Karpaten und an der oberen Dnjestrza Solotwinstwa füllten die Russen mit starken Aufklärungsabteilungen vor Nordwestlich von Stanislaw mußte gestern nach zweitägigem erbitterten Ringen die erste Stellung unserer Verteidigungslinie dem Feinde überlassen werden.

Italienischer Kriegsausflug. Bei Bodre wurde ein italienischer Vorstoß abgewiesen. Südlicher Kriegsausflug. Keine Veränderung.

Der Chef des Generalstabs.

Der amtliche deutsche Heeresbericht vom Abend.

WTB. Berlin, 9. Juli 1917, abends. (Amtlich.) Vom Westen nichts Neues. Im Osten haben die Russen an der Straße K a l u z j - S t a n i s l a w von neuem angegriffen. Ihre Kräfte wurden durch Gegenstoß zum Stehen gebracht.

Letzte Depeschen.

Die Internierung deutscher Unterseeboote in Holland vor dem Haager Schiedsgericht.

WTB. Berlin, 9. Juli. Im Februar und März 1917 wurden fünf niederländische deutsche Unterseeboote interniert. Da die niederländische Regierung dem Verlangen der deutschen Regierung um Freilassung der Boote nicht entsprechen zu können glaubt, kamen die beiden Regierungen überein, die Tagfrage, ob das Einlaufen der Unterseeboote in die niederländischen Territorialgewässer auf einem Unterlassen der deutschen Kommandanten beruhe oder nicht, durch eine internationale Kommission entscheiden zu lassen, die am 17. Juli im Haag zusammentritt.

Türkische Erfolge.

Der türkische Bericht.

WTB. Konstantinopel, 8. Juli. Heeresbericht vom 8. Juli. An der persischen Grenze östlich Bandshwin griffen am 6. Juli unsere Truppen die Russen an und schlugen sie. Als Beute wurden bisher erbeutet 4 Geschütze, 2 Maschinengewehre und eine noch nicht festgestellte Anzahl Gefangene.

Zur neuerlichen Abdankung des chinesischen Kaisers.

WTB. Peking, 7. Juli. Heute warf ein Flugzeug Bomben auf den Kaiserpalast. Zhang Hsun überreichte dem Kaiser sein Abdankungsgedächtnis. Begleiter erließ ein Edikt mit der Betönung seiner Abdankung.

(Letzte Depeschen siehe auch Seite 4.)

fast werden könnte. Herr Erzberger und Herr Dr. David waren hinsichtlich der Kriegs- und Friedensziele ziemlich einer Meinung. Sie wollen einen Verständigungsfrieden nicht nur für den Schluß des Krieges, sondern sie wollen einen dauernden Frieden haben, und ein dauernder Frieden, der jahrelangem aufrechterhalten werden könnte, würde nur dann zustande kommen, wenn es weder Sieger noch Besiegte gäbe.

Wir geben diese Mitteilungen wieder, da sie, teilweise wenigstens, richtiges enthalten. Zu einem Teil allerdings beruhen sie auf bloßen Kombinationen.

Die Besprechungen der Parteien.

T. U. Berlin, 9. Juli. Im Laufe des Sonntages trat der sogenannte interfraktionelle Auschuß des Reichstages wieder zu Beratungen zusammen. Die Konservativen hielten sich von diesen Besprechungen grundsätzlich fern, ebenso die Sozialistische Gruppe. Die Beratungen galten der Resolution, in der die Forderung nach Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen und auf Parlamentarisierung erhoben wird.

Die Verhandlungen des Hauptauschusses.

B. Berlin, 9. Juli. Der Hauptauschuß des Reichstages legte heute die Erörterung der politischen Lage fort. Der Sitzungsaal war wieder dicht gefüllt. Der Reichskanzler ergriff gegen 9 1/2 Uhr in Begleitung des Chefs der Reichskanzlei und sämtlicher Unterstaatssekretäre.

Nach Dr. Stresemann sprach der Reichskanzler, der seine bisherige Politik verteidigte. Er meinte, in Deutschland sei es nicht möglich, unter den jetzigen politischen Verhältnissen entweder im Sinne der Rechten oder im Sinne der Linken zu regieren. Vielmehr könne man nur eine Politik der Kompromisse durchführen.

RG
uch
tik,
just

at
in
u.
sp.

Bedarf an Frühgemüsen nachfallen. Die Brotgetreibeente wird zu ausfallen, ebenso wie die von 1915. Gegenwertiges Verhältnis der Gemüsebauern und der Städter kann viel besser.

Auf Antrag Scheidemann (Soj.) findet Besprechung der Interpellation statt.

Hg. Giesberts (Str.): Gegen die elende Preissteigerung auf dem Gemüsemarkt sind sofortige Maßnahmen nötig. Wollte man alle Schieber einheben, so würden die Gefängnisse nicht ausreichen. Die Kalomität des vergangenen Jahres beruhte darauf, daß die Verfertigung der Frühkartoffeln nicht ausreichte und diese verdarben. Bei der Kohlenversorgung muß in erster Linie die Nahrungsmittelindustrie berücksichtigt werden. Die Steigerung der Förderung ist nur möglich, wenn Bergleute vom Militärdienst frei gegeben werden und die gute Ernährung sichergestellt ist. Die Bergleute streiken nicht aus Mitleid, sondern wegen der Ernährungsunsicherheiten und der schlechten Behandlung. Wir wollen alles tun, um solche Streiks zu verhindern, wenn die berechtigten Forderungen der Bergleute erfüllt werden. Man darf nicht gegen die Verordnungen der Regierung arbeiten, sondern mit den Verordnungen; sie werden doch aus bestem Wissen erlassen. Ein Antrag auf Vertagung wird angenommen.

Nächste Sitzung Mittwoch 3 Uhr nachm.: Auswärtige und innere Politik, Kreditvorlage, Petitionen. Schluß 6 1/2 Uhr.

Deutsches Reich.

Eine fortschrittliche Reichstagskandidatur für Rügen.

Für den Reichstagswahlkreis Stralsund-Rügen ist in einer fortschrittlichen Vertrauensmännerversammlung in Stralsund am Sonntag an Stelle des Abgeordneten Paretz Heyn, der aus Gesundheitsgründen auf die Wiederwahl einer Kandidatur verzichtet hat, der Schriftleiter der „Pille“, Stadt, Wilhelm Seife in Schöneberg, als fortschrittlicher Kandidat für die nächsten Reichstagswahlen aufgestellt worden.

Eine Entschließung der bayerischen Nationalliberalen.

München, 8. Juli.

Heute trat in Nürnberg der Geschäftsführende Ausschuss der Nationalliberalen Partei Bayerns rechts des Rheins zu einer jährlichen Besprechung zusammen. Nach eingehender Aussprache, die eine völlig einmütige Auffassung zum Ausdruck brachte, wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

1. Der Geschäftsführende Ausschuss der Nationalliberalen Partei Bayerns z. R. Rheins weiß sich mit dem deutschen Volke einzig in dem unerschütterlichen Vertrauen zu der erfolgreichsten und unerschütterlichsten Bündnispartei des Reiches, der Nationalliberalen Partei, verbunden zu fühlen und zu Wasser, und in der unbedingten Bereitschaft, bis zum endgültigen Siege durchzuhalten. Er spricht zugleich die Überzeugung aus, daß uns angedeihen der Kriegsteile unserer Feinde und ihres tiefwurzelnden Hasses nur ein solcher Sieg die Möglichkeit bietet, die große nichtwiederkehrende Schicksalsstunde in der Geschichte des deutschen Volkes so auszunutzen, daß ein weiterer Aufstieg Deutschlands, und nicht der Niedergang zu politischer Machtlosigkeit, wirtschaftlicher Erduldung und sozialer Verarmung die Folge sein wird.

2. Der Geschäftsführende Ausschuss hält es für eine selbstverständliche Pflicht gegenüber dem ringenden deutschen Volke, daß die freisinnige Ausgestaltung unseres innerpolitischen Lebens von der Regierung und den Parteien mit festem Anschluß und heftigstem Widerstandsbewußtsein gefördert und betrieben wird. Er lehnt aber den Übergang zum parlamentarischen System der Parteiregierung als mit den nationalen und politischen Interessen des deutschen Volkes unvereinbar ab. Er verlangt jedoch ein verständnisvolleres Zusammenarbeiten der Regierungen mit den Volkswertungen. Ebenso lehnt er mit Rücksicht auf den bundesstaatlichen Charakter des Reiches jeden Eingriff von Reichswegen in die Verfassung der einzelnen Bundesstaaten ab. Die Durchführung der innerpolitischen Reformfragen darf nicht stören einwirken auf die Erledigung der großen Aufgaben der Kriegsführung. Die Sammlung des deutschen Volkes im entscheidenden Siegerwillen ist das Gebot der Stunde.

Ein neuer Unterstaatssekretär im Reichsfinanzamt.
a. B. Berlin, 9. Juli. Wie wir vernehmen, ist der Ministerialdirektor Dr. Stein zum Unterstaatssekretär im Reichsfinanzamt ernannt worden. An seine Stelle rückt Geheimrat Regierungsrat Dr. Meier-Gerhard.

Halle und Umgebung.

Halle, den 10. Juli 1917.

Stadtvorordneten-Sitzung.

Halle, 9. Juli.

Am Vorabendlich die Herren Justizrat Dr. Keil, Eisenbahndirektor Rechnungsrat Borchert und Kaufmann Welsche.

Der Eintritt in die Tagesordnung widmet der Herr Vorsteher dem unlängst verstorbenen Ehrenbürger Albert Koch einen ehrenden Nachruf. Große Verdienste habe sich der Verstorbene um die Stadt Halle erworben. Einstimmig ernannten ihn die städtischen Behörden, als er vor zehn Jahren aus dem Kollegium schied, zum Ehrenbürger, und auch zu seinem 80. Geburtstag begehrten sie ihm von neuem ihren Dank und ihre Verehrung, indem sie ihm das Bild seines Hauses in künstlerischer Ausführung schenkten. Die Anwesenden hörten den Nachruf lebhaft an.

erner lag ein Dank schreiben der Universität vor für die Zuerkennung der Stadt an die Befehle zum hundertjährigen Gedenktage der Vereinigung der Universitäten Halle-Wittenberg. Und schließlich gab der Herr Vorsteher noch eine Einladung zum Rektoratswechsel am 12. Juli vormittags 11 Uhr bekannt.

Danach tritt man in die Tagesordnung ein. Die Abg. Gottfried Lindner in Ammendorf hat der Kriegshinterliebenenfürsorge der Stadt Halle eine Zuzahlung von 10 000 Mark veranlaßt. Die Stadtvorordnetenversammlung nimmt die Zuzahlung mit Dank an. (Ref. Herr St. Manckswelt.)

2. Herr Hermann Schwab in Halle hat der Kriegshinterliebenenfürsorge der Stadt Halle 3000 Mark überwiesen. Auch diese Stiftung wird mit Dank angenommen. (Derselbe Referent.)

3. Wie Herr St. Georg vorlegt, hat der Magistrat im Einverständnis mit der Stadtabdeputation beschloßen, mit Rücksicht auf die hohen Materialpreise und die Wasserpreiserhöhung usw. anderer kommunaler Badeanstalten die

Wasserpreise uneres Stadtbades

wie folgt festzusetzen:
Schwimmbad: Einzelkarte für Erwachsene jetzt 0,40 M. (früher 0,50 M.), Einzelkarte für Kinder 0,25 (0,30) M., Zehnerkarte für Erwachsene 3,00 (4,00) M., Zehnerkarte für Kinder 1,25 (2,00) M., Vierteljahrskarte für Erwachsene 9,00 (10,00) M., Vierteljahrskarte für Kinder 4,50 (5,00) M., Halbjahrskarte für Erwachsene 16,00 (18,00) M., Halbjahrskarte für Kinder 8,00 (9,00) M. Das Volksbad soll während des Krieges aufgegeben werden und nach dem Krieges 0,20 M. die Karte kosten.

Bannschäber: Einzelkarte 0,50 (0,60) M., Zehnerkarte 4,50 (5,00) M.

Kolksbäder: Plannenbad (Einzelkarte) 0,25 (0,30) Mark, Brausebad (Einzelkarte) 0,10 (0,15) M.

Wäsgewerleiheung: 1 gr. Badestuhl 0,10 (0,20) Mark, 1 Handstuhl 0,05 (0,10) M., 1 Badehose 0,05 (0,10) M., 1 Damenanzug 0,10 (0,20) M., 1 Badehaube z. Verz. 0,10 M., z. Verz. 0,10 M.

Alle anderen Preise sollen weiter fortbestehen.

Herr St. Georg als Referent empfahl die Magistratsvorlage.

Herr St. Fingert beantragte es, daß das Volksbad während des Krieges geschlossen sein sollte. Das würde während des Krieges keine Maßnahme. Gerade das Volksbad sei wichtig im Interesse der öffentlichen Gesundheit. Es schäde die Bevölkerung nur Seuchengefahr. Er könne sich mit diesem Vorschlag der Magistratsvorlage auf keinen Fall befreunden. (Die Ausführungen im einzelnen bleiben leider, da der Redner nach dem Vorstandslich gewendet spricht, am Preislich unverständlich.)

Herr Stadtrat Gygax verteidigt die Magistratsvorlage. Man hat ursprünglich mit einem Zuschuß von 25 000 Mark jährlich gerechnet, aber wir haben die dreifache Summe, nämlich 75 000 M., ausgegeben. Grundmangelungen in anderen Städten haben ergeben, daß man dort im Krieg die Badeanstalten entweder geschlossen oder die Preise erhöht hat. Wenn man Herrn Geheimrat Fingert folgen wollte, dann müßte man im Interesse der öffentlichen Gesundheit die Bäder überhaupt gratis geben. Das liegt aber gewiß nicht im Sinne der städtischen Behörden. Die Stadtvorordneten haben ja seinerzeit selbst den Grundlag aufgestellt, daß das Stadtbad nicht durch billigere Preise die privaten Badeanstalten schaden dürfte. Die Fußbäder sind auch teurer geworden. Wir haben im Stadtbade eine Steigerung der Kostenpreis um 100 Prozent und für Schwimmbad und andere Wasserstellen bis zu 300 Prozent zu verzeichnen. Auch die Arbeitslöhne haben sich entsprechend der Teuerung sehr erhöht. Alle diese Kosten können wir nicht ausschließlich der Allgemeinheit aufbürden; das ist auch bei Hochfahrtsanstalten nicht möglich. Das Volksbad haben wir nicht wieder eröffnet, nachdem Kostenmangel uns zwang, das Stadtbad längere Zeit lahm zu legen. Mit den geringen Erhöhungen der Wasserpreise läßt sich natürlich das Defizit nicht decken, aber sie helfen wenigstens zum Teil dazu. Ich möchte nicht verschweigen, gerade mit Bezug auf das Volksbad, daß in unserem Stadtbad Dinge vorgenommen sind, die jeder Verbesserung gottien.

Herr St. Emmer: Ich habe nichts dagegen einzuwenden, daß die Preise für Wäsche erhöht werden. Die Erhöhung der Wasserpreise aber bestimme ich. Sie beträgt etwa 25 Prozent. Wenn andere erhöhen, brauchen wir das noch lange nicht mitzumachen. Der Beitrag unseres Stadtbades ist in den letzten Monaten gewaltig gestiegen: um 50 Prozent gegen das Vorjahr. Dadurch holen wir das Defizit schon wieder herein. Der Besuch aber würde nachfallen, wenn wir die Preise erhöhen. Nur kleinen kleinsten Krämereit bei der Verwertung solcher Hochfahrtsanstaltungen. Das uns die städtischen Bäder ein kleineres Stück Geld sollen, davon wird nichts gefahren. Haben Sie das die auf; denn da sehen wir ja täglich 30 Mark dran zu.

Herr Stadtrat Gygax: Im Mai und Juni hat sich allerdings der Besuch außerordentlich gehoben. Aber auch bei den Fußbädern. Das lag daran, daß diese beiden Monate so große Hitze brachten. Jetzt, wo das Wetter kühler geworden ist, beträgt der Zuschuß schon wieder 100 Proz. Unsere Wäsche — vielleicht war es schon keine Preisensware mehr — befindet sich in einem traurigen Zustande. Wir werden da bald mit einer Vorkauf auf Neuanfassungen kommen. Mit der Wäsche müssen wir hinsichtlich der Preise einigermassen Gedulde haben, denn da haben die Stadtvorordneten seinerzeit als Richtschnur aufgestellt. Wir wollen die Preise z. B. für Plannenbäder von 50 auf 60 Pfg. erhöhen. Das Parbad nimmt für dritte Klasse 60 Pfg., zweite Klasse 75 Pfg., erste Klasse 90 Pfg.

Herr St. Fingert: Wenn Herr Stadtrat Gygax in Verbindung mit dem Volksbade die städtischen Anzeigengestalten anführt, die im Stadtbad vorgenommen sind, so möchte ich mal fragen, ob denn die, die 20 Pfg. bezahlen. Das Stadtbad ist eine Hochfahrtsanstalt. Es dient der allgemeinen öffentlichen Gesundheit und darum hat die Benutzung auf keinen Fall eingebehalten werden. Gerade im Krieges muß das Volksbad geöffnet werden; denn es wirkt in Bezug auf die Hygiene ersperrlich.

Herr St. Fierburg: Wenn wir für das Stadtheater, das doch eigentlich nur den Besizenden zugute kommt, einen Jahreszuschuß von 200 000 M. zahlen, wollen wir den geringeren Zuschuß für das Stadtbad nicht scheuen. Man muß auch bedenken, daß das Volksbad besonders gern von unseren Soldaten, die aus dem Felde heimkehren, besucht wurde.

Herr Stadtrat Gygax: Man darf doch nicht vergessen, daß andere Städte ihre Bäder geschlossen haben. Aber sie haben erheblich die Preise erhöht. Wir bitten nur um eine kleine Erhöhung. Unseren Soldaten sind wir immer gern entgegengekommen. Die Baden für 20 Pfg. und Verwundeten haben wir das Bad nur um 10 Pfg. berechnet, um ihnen zu bewiesen, daß wir ihre Opfer fürs Vaterland anerkennen. Im Stadtbad sind wirklich recht unsöhliche Dinge vorgenommen. So sind im vorigen Jahre 187 Badehosen gestohlen. In diesem Jahre schon wieder 84. Das Gaswerk rechnet uns vor, daß es bei 1/2 Pfg. Einheitspreis für das Wasser 17 000 M. aufweist im Jahre. Damit kommen wir dann auf einen Zuschuß von beinahe 400 000 M. für das Stadtbad. Angeführt dieser Summe kann man die Beschäftigung einer mittleren Erhöhung nicht bestreiten.

Herr St. Fierburg: Die Diebstähle sind man durch eine kräftige Aufsicht bestämpfen. Und unwichtigere Einrichtungen, z. B. automatisch verschließbare Kästen, wie sie in den irisch-römischen Bädern bestehen, helfen dazu.

Herr St. Fingert: Wenn jemand gekniff hätte, daß das Stadtbad etwa 100 000 M. Zuschuß im Jahre fordert, würden wir das Projekt wohl nicht genehmigt haben. Die maßvollsten Einrichtungen, die eine Herbeibringung herbeibringen sollen, haben sich jeder im Krieges nicht lösen sollen. Es mußten wir denn unsere Zeitungen weiter nehmen. Die Materialien zum Reinigen der Bäder sind kaum noch zu haben. Da ergibt eine kleine Erhöhung der Wasserpreise angebracht.

Herr St. Fingert: Ich beantrage, daß das Volksbad eingezogen ist. Die Seuchengefahr hat es unbedingt vermindern sollen. Wenn die ärmeren Bevölkerungsschichten keine Gelegenheit zum Baden haben, dann werden Straßengassen entleeren und wir müssen dann auf die Armenhäuser für strahlende höhere Summen nehmen, als das Volksbad kosten würde. Mit dem Preis von 20 Pfg. für das Volksbad, der nach dem Krieges Wäsche greifen soll, kann ich mich nicht befriedigen; diese Erhöhung lehne ich ab.

Herr Stadtrat Gygax: Die Diebstähle haben jetzt im Stadtbad aufgehört. Am Gegenstand, wo das Volksbad sonst im Gange war, ist im Stadtbad jetzt genau so viel Leben, bloß mehr Ordnung.

Damit schließt die Debatte.

Bei der Abstimmung ergibt sich eine Mehrheit für die Magistratsvorlage. Nur der Punkt „Schließung des Volksbades und Erhöhung des Preises dafür von 10 auf 20 Pfg.“ wird mit 20 zu 17 Stimmen abgelehnt. Das Volksbad soll also künftig wieder zum alten Preise in Betrieb gesetzt werden, und zwar jetzt ab sofort, nicht erst nach Kriegsende.

4. Die durch die Ausfuhrung der Erneuerung der Kesselanlagen im Riederdruck-Dampfkessel in der Neumarktschule an der Hermannstraße nachgewiesenen Kosten in Höhe von 7875,00 M. werden aus Kap. XXIV. 13 bewilligt. (Ref. Herr St. Fingert.)

5. Der Kaufmann Richard Hoffmann hat sich zum Erwerb der städtischen Baustellen 1, 2 und 23 an der Barbarastrasse erbaut. Der Magistrat hat die Veräußerung dieser Baustellen an ihn bewilligt.

Es handelt sich um die städtischen Baustellen 1, 2 und 23 an der Barbarastrasse und der verlagerten Lichtenauer Straße in Größe von etwa 1800 Quadratmeter mit einer Frontlänge an der Barbarastrasse von etwa 47,50 Meter, bei der ungefähr 1000 Quadratmeter auf Vorberland und 257 Quadratmeter auf Vorgartenland in Blockraum kommen. Er bietet a) für Baustelle 1 einen Preis von 40 M. pro Quadratmeter des Vorberlandes, b) für die Baustellen 2 und 23 einen Preis von 28 M. des Vorberlandes und von 14 M. pro Quadratmeter des Vorgartenlandes, frei von Strafenausbau- und Freilegungskosten. Der Verkauf wird genehmigt. (Ref. Herr St. Fierburg.)

6. Der mit dem Buchhändler Gustav Ehlers, in Zitzma Dito Hendel, über den Laden im städtischen Wegegebäude Martplatz 24 geschlossene Mietvertrag ist erloschen mit dem 30. September 1917 sein Ende.

Auf Antrag des Herrn Ehlers hat der Magistrat beschlossen, daß das Mietverhältnis mit ihm unter den jetzigen Bedingungen um 3 Jahre verlängert wird. Die Verlängerung stimmt zu. (Ref. Herr St. Emmer.)

7. Der Magistrat hat beschlossen, daß Reimacherran in die städtischen Gebäuden häufig beschäftigt werden und deren Beschäftigungsdauer unter 6 Tagesstunden beträgt, von 1. Juli 1917 ab auf jederseitigen Überschuß monatliche Kriegszuzug nach folgenden Sätzen erhalten: a) bei einer Beschäftigungsdauer bis zu 2 Stunden 6 M., b) bei einer solchen von mehr als 2 Stunden 12 M.

8. Die Nachbewilligung der im Rechnungsjahr 1915 beim Schlacht- und Viehhof-Etat vorgenommenen Etatsüberführungen von 15 093,96 M. beim Schlachthof-Etat und 16 983,89 M. beim Viehhof-Etat wird ausgesprochen. (Ref. Herr St. Daniel.)

9. Der Witwe des seinen Kriegswunden erlegenen Straßenbahnwagenführers Albert Enke, Marie Enke, geb. Jagerichs, wird für ihre beiden Kinder Kurt und Otto bis zum vollendeten 15. Lebensjahre ein jederseitig widerruflicher Zuschuß zur Kriegshinterliebenenfürsorge von je 75 M. zum Jahre 150 M. jährlich, zahlbar vom 24. Dezember 1916 ab, bewilligt. (Ref. Herr St. Borchert.)

10. Die Nachweisung über die Verwaltungskosten der Sparkasse im Rechnungsjahr 1916 wird zur Kenntnis genommen. (Ref. Herr St. Fingert.)

11. Der Magistrat beantragt, dem Gaudescheiteren in der Mietzins für den Uferstreifen an der Weidengraben im Betrage von 46,50 M. auch für das laufende Rechnungsjahr zu erlassen. Wird genehmigt. Der Verein hat aus der Ermietung der Fläche auch in diesem Sommer keine Einnahmen, so daß man es für billig hält, den Mietzins nicht zu erheben. (Ref. Herr St. Fierburg.)

12. Die Eingabe des Badeanstaltsbesitzers Hugo Franke betreffend Beschäftigung seines Grundstücks Weingarten in Folge Errichtung eines Spielplatzes wird dem Magistrat als Material überwiesen. (Ref. Herr St. Emmer.)

13. Das Gesuch des Maurermeisters Hammer um Verteilung von Straßenerleuchtungskosten erledigt man durch Überlegung aus Tagesordnung. (Ref. Herr St. Fierburg.)

Wasserpreise für Tee-Ordnung. Amtlich wird berichtet: Die Wasserpreise für Tee-Ordnung (Tee) sind seitdem inwieweit mit verändert worden, als annehmen ist, daß sich die Richtsätze von 120-160 Mark für 100 Kilo für die getrockneten und gereinigten Blätter auf bereits geschätzte Ware bezöge. Das ist nicht der Fall. Diese Preise, die im üblichen Maße angelegt sind als sie von Sachverständigen vorgeschlagen wurden, beziehen sich nur auf ungeschätzte Ware. Es mußte wegen Verarmung solcher teurer Kräuter oder wegen Verschönerung des Tees durch besondere Maßnahmen erhöhte Unkosten entstehen, ist es im üblichen Maße der üblichen, Reichs- und Landespreisverhältnisse, die für den Herstellungsort abhängig sind, angemessene Zuschläge aus über die Höchstbeträge der Richtsätze hinaus zu bewilligen. Jedemfalls muß bei dem Angebot an Kaffe-Erzeugnissen Wert auf Sammlung von Ertrag-Ergebnissen und -Mitteln gelegt werden.

